

Franfurter Oberpostamts = Zeitung.

Mittwoch

(Beilage zu No. 116.)

16. Mai 1849.

Deutschland.

† **Wien**, 12. Mai. Von Reisenden, welche Pest Mittwoch den 9. d. um 10 Uhr früh verließen, erfährt man, daß die Ungarn zweimal fruchtlos versucht haben, Ofen zu nehmen und immer mit Verlust zurückgeschlagen wurden. Das Bombardement war auf beiden Seiten wieder eingestellt worden.

* **Berlin**, 14. Mai. Die preussischen Abgeordneten zur Reichsversammlung in Frankfurt sind abzurufen, und zwar kraft folgender durch den preussischen „Staatsanzeiger“ veröffentlichten königl. Verordnung: Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. c. verordnen auf den Antrag unseres Staatsministeriums hiermit, was folgt: § 1. Das Mandat der auf Grund der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848 und unserer Verordnung vom 11. des letzteren Monats im preussischen Staate gewählten Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung ist erloschen. § 2. Den Abgeordneten ist gegenwärtige unsere Verordnung durch unseren Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. zur Nachachtung und mit der Weisung zuzustellen, sich jeder Theilnahme an den weiteren Verhandlungen der Versammlung zu enthalten. Gegeben Charlottenburg, den 14. Mai 1849. Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. Verordnung, betreffend die Abberufung der preussischen Abgeordneten von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.

Die Denkschrift des Gesamtministeriums, welche die königliche Verordnung, kraft welcher die preussischen Abgeordneten von der Reichsversammlung in Frankfurt abberufen sind, motivirt, lautet nach dem „Staatsanzeiger“: Als am 30. März des vorigen Jahres die Bundesversammlung den Beschluß gefaßt, „die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämtlichen dem deutschen Staatensysteme angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen — um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen“, und am 7. April desselben Jahres diesen ihren Beschluß durch nähere Bestimmungen über den Wahlmodus vervollständigt hatte: haben Ew. k. Maj. durch die Verordnung vom 11. desselben Monats im Umfange des preussischen Staates die Wahlen von Abgeordneten zu der deutschen Nationalversammlung angeordnet, welche auf Grund dieser Beschlüsse demnächst in Frankfurt zusammengetreten ist. Diese Bundesbeschlüsse und die von der Regierung aus geschriebenen Wahlen bilden demnach den gesetzlichen Boden, auf welchem die Nationalversammlung bisher in ihrem rechtlichen Bestande geruht hat, und wonach ihr Mandat und speciell das der preussischen Abgeordneten zu bemessen ist. Die Regierung Ew. königl. Majestät hat mit nicht minderm Vertrauen als das deutsche und preussische Volk den Ergebnissen der Beratungen dieser Versammlung entgegen gesehen. Sie hat es sich zur Pflicht gemacht, derselben auf alle Weise, sowohl durch die Publication der in ihrer Competenz liegenden Beschlüsse, als durch die entgegenkommende Erklärung ihrer Ansichten und Bedenken in Bezug auf die Reichsverfassung, jede mögliche Unterstützung und Anerkennung zu Theil werden zu lassen. Mit der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs und der an dieselbe geknüpften Wahl eines Reichsoberhauptes konnte das beabsichtigte Werk, nach Maßgabe jener Bundesbeschlüsse, noch nicht als abgeschlossen und vollendet angesehen werden. Es mußte vielmehr die Theilnahme der Regierungen der einzelnen Staaten vorbehalten bleiben, durch deren Mitwirkung allein die neue Gestaltung des deutschen Bundes ins Leben treten konnte, wenn das Verfassungswerk wirklich „zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande gebracht“ werden sollte. Der Entwurf der Verfassung, wie er aus den Beratungen der Nationalversammlung hervorgegangen, lag den Regierungen vor, als Grundlage der Vereinbarung, welche durch eine von beiden Seiten in entgegenkommender Weise angestrebte Verständigung zu erzielen gewesen wäre. Die Regierung Ew. königlichen Majestät hielt zu dem Ende Abänderungen dieser Verfassung im wahren Interesse Preußens und Deutschlands für unerlässlich und war bereit, auf eine Verhandlung und Verständigung mit der Nationalversammlung darüber einzugehen. Die letztere aber, statt auf diese Weise die vollständige Erfüllung ihrer Aufgabe zu sichern, hat es nicht für gut gefunden, diesen Weg einzuschlagen. Sie hat ausdrücklich erklärt, daß sie sich auf keine weitere Verhandlung über die von ihr beschlossene Verfassung einlassen werde. Sie hat vielmehr durch eine Reihe rechtswidriger Beschlüsse die alleinige und endgültige Feststellung der Verfassung für sich selbst in Anspruch genommen, zu einer thatsächlichen, wo nicht gewaltsamen Durchführung derselben die Aufforderung erlassen und selbst dazu den Versuch gemacht, endlich in die Befugnisse der executiven Gewalt offen hinübergegriffen, und sich eine Nachvollkommenheit angemacht, durch welche sie sich selbst über alles Recht und Gesetz stellte, und damit den Boden des Rechtes und Gesetzes für sich aufgab. Das unterthänigst unterzeichnete Staatsministerium kann daher nicht umhin, Ew. königlichen Majestät die Ueberzeugung auszusprechen, daß in der jetzigen Versammlung in Frankfurt nicht mehr die gesetzliche Vertretung der deutschen Nation in ihrer Gesamtheit zu erkennen sei, daß dieselbe vielmehr ihr Mandat selber vernichtet und

ihre bisheriges Recht verleugnet und aufgehoben habe, und daß daher jede Hoffnung auf eine weitere Mitwirkung derselben zu gedeiblicher Entwicklung der deutschen Zustände aufzugeben sei. Es wird daher der Regierung Ew. königl. Majestät auch nicht möglich sein, den weiteren Verhandlungen und Beschlüssen derselben irgend eine Art von Gültigkeit und Bedeutung noch ferner beizulegen. Wenn die Regierung Ew. königl. Majestät mit aufrichtigem Bedauern zu dieser Ueberzeugung hat gelangen müssen, so kann sie nur mit dem entschiedensten Ernste den schmähenden Vorwurf und den Act offener Feindseligkeit zurückweisen, welcher in dem am 10. d. M. gefaßten Beschlusse liegt: „daß dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preussische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im königreiche Sachsen sich habe zu Schulden kommen lassen, durch alle zu Gebote stehende Mittel entgegenzutreten sei.“ Die in diesem Beschlusse liegende Verleugnung und Verletzung der bundesgesetzlich feststehenden Rechte und Pflichten der Mitglieder des deutschen Bundes, und die offen darin sich kundgebende Feindseligkeit gegen Preußen zeigt auf unzweideutige Weise, welchen Einflüssen die Versammlung in ihrer jetzigen Majorität preisgegeben ist. Es kann keinem Zweifel unterworfen sein, daß unter diesen Umständen und nach diesen Vorgängen auch das Mandat der preussischen Abgeordneten zur Nationalversammlung als erloschen zu betrachten ist, und ihre Theilnahme an den weiteren Verhandlungen derselben nicht gerechtfertigt erscheinen kann. Eine Anzahl von Mitgliedern aus Preußen hat dies schon durch ihren freiwilligen Austritt anerkannt. Eine große Anzahl Anderer wartet nur auf die Erklärung der Regierung Ew. Majestät um einen gleichen Schritt zu thun. Damit daher über die Willensmeinung Eurer königlichen Majestät kein Zweifel bleibe und Niemanden ein Vorwand zur Irreleitung der Gemüther gelassen werde, so hält es das unterzeichnete Staatsministerium, in Erwägung, daß die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung nach Lage der Sachen und ihrer bereits erfolgter Ablehnung jeder weiteren Verständigung und Vereinbarung als durch die Beratung der Verfassung erledigt angesehen werden muß, die Versammlung aber nicht mehr auf gesetzlichem Boden steht, und überdies sich in offene Feindseligkeit gegen Preußen gesetzt hat, für seine Pflicht, bei Ew. königl. Majestät allerunterthänigst zu beantragen, daß Allerhöchstdieselben ausdrücklich erklären wollen, wie das auf die Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April v. J. und die Verordnung vom 11. des letzteren Monats gegründete Mandat der preussischen Abgeordneten nunmehr erloschen, und die Abgeordneten daher zum Austritt aus der Versammlung zu veranlassen seien. Wir glauben, daß das preussische Volk in seiner großen Mehrzahl und seinem gesunden Kern mit uns die Ueberzeugung theilt, daß der Weg, welchen die Nationalversammlung eingeschlagen hat, weder dem wahren Interesse Deutschlands, noch dem Willen der deutschen Nation entspreche, und daher auf eine Mitwirkung derselben zum Heile des Gesamt Vaterlandes nicht länger zu hoffen sei, und daß es demgemäß auch die von uns beantragte Erklärung Ew. königl. Majestät als den Ausdruck seiner eigenen Gesinnung begrüßen werde. Kein Preusse wird es mit der Vaterlandsliebe und der Nationallehre preussischer Staatsbürger für verträglich halten, sich an Beratungen zu betheiligen, welche zu Beschlüssen führen, die eine offene Feindschaftserklärung gegen den preussischen Staat enthalten. Berlin, den 14. Mai 1849. Das Staatsministerium. (gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. An des Königs Majestät.

* **Elberfeld**, 13. Mai. Hier hat sich in der bisherigen Lage der Dinge nichts geändert; die Ruhe ist nicht gestört, ohne die Barricaden und Züge von Bewaffneten wäre kaum von einer Bewegung etwas zu verspüren. Zugänge treffen noch immer ein, so heute früh Solinger, welche das Zeughaus in Gräfrath gestürmt und sich dort mit 1500 Flinten versehen haben. Die fehlenden Pistolen und Schlossen sind schnell von Solinger Waffenschmieden ersetzt worden. 80 Landwehrmänner sind heute auch von Essen eingetroffen; von vorrückendem Militär ist bis jetzt noch keine Rede.

Augsburg, 14. Mai. Auch unsere Stadt, in welcher seit Jahren das friedlichste Vernehmen zwischen Bürgern und Militär geherrscht hatte, hat heute Nacht einen unglücklichen Conflict erlebt. Einzelne Soldatenhaufen hatten gestern und vorgestern in ein paar Brauhäusern, in deren einem sie vorher durch eine höchst unbesonnene Aeußerung des Wirths gereizt worden sein sollen, Geräthschaften und Fenster zerschlagen. Abends durchkreuzten starke Patrouillen die Stadt. Sie sollen, nach einer uns zugekommenen Anzeige, an einigen Orten verhöhnt und mit einzelnen Steinwürfen empfangen worden sein, was von ihnen mit scharfem Feuere erwidert wurde. Auch von der Gegenseite sollen dann Schüsse gefallen und eine Barricade errichtet worden sein. Mehrere Personen wurden verwundet; vier Arbeiter sollen verwundet ins Krankenhaus gebracht worden sein. Nachts gegen 1 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. (A. 3.)

Mürnberg, 12. Mai. Die militärischen Kräfte sind seit gestern bedeutend verstärkt worden. Bereits befinden sich anderthalb Batterien und das Chevaurlegerregiment von Ansbach hier, außer unserer vollständigen Garnison. Man erwartet diesen Abend noch ein Bataillon Infanterie von Amberg und das von Augsburg. (?) Die Burg, wohl der bedeutendste strategische Punkt Nürnbergs, ist mit Kanonen

befestigt, überall sieht man Waffen. Alle Maßregeln sind getroffen, um einem Putsch kräftigst zu begegnen, aber woher dieser kommen soll, schreibt man der „Allg. Ztg.“, kann Niemand ergründen.

Dresden, 13. Mai. Tschirner ist gestern gefangen eingeführt worden. (D. 3.)

** Die neueste Post aus **Baden** bringt uns endlich umfassendere Berichte über die Ereignisse im Großherzogthum Baden seit dem 13. Mai, dem Tag der Offenburger Versammlung. Was auf letzterer beschlossen worden, ist bereits den Lesern mitgetheilt, ebenso, was mittlerweile in Karlsruhe geschehen ist. Den Straßenkampf am 13. in Karlsruhe betreffend, so dauerte dieser bis spät in die Nacht. Auf der einen Seite standen mehrere Compagnien des Leibinfanterieregiments, denen sich Volk beigefellte, auf der anderen Seite Dragoner und Artilleristen. Im Ganzen gab es 9 Tode; unter ihnen der Rittmeister Karoche, der unter dem Bajonnet geendet haben soll. Die Anzahl der Verwundeten war noch unbekannt. Die Karlsruher Bürgerwehr sei aufgestellt gewesen, sei aber nicht in die Lage versetzt worden, an dem Kampfe Antheil zu nehmen. Heute Morgen hätten sich die Compagnien des Leibinfanterieregiments nach allen Seiten aufgelöst, zum Theil nach Rastatt begeben.

Der „Schwäb. Merkur“ berichtet über die Vorgänge am 14. wie folgt:

Karlsruhe, 14. Mai. Vormittags. Welch schauervolle Nacht haben wir durchgemacht! Gegen 9 Uhr brach hier ein furchtbarer Militär aufstand in der Infanteriekaserne, in äußerer Verbindung mit Handwerksgehilfen u. c. aus. Um 6 Uhr waren 2 Compagnien von Bruchsal zurückgekehrt in wilder Zügellosigkeit, die meisten Soldaten des Leibinfanterieregiments (ein Theil suchte zu entkommen) zerschlugen in der Infanteriekaserne Alles; die Kreuzstöcke wurden mit den Gewehrholben hinausgeschossen und kein Offizier hatte mehr Ansehen. Selbst Prinz Friedrich soll nur mit Mühe entkommen sein. Dann wurde die in der Kaserne befindliche Pulverkammer gestürmt, und nun begann ein allgemeines Feuern aus der Kaserne mit scharfen Patronen, es wurde jedoch hoch geschossen. Darauf zog der tobende Haufe in das Haus des Obersten Holz, das ganz demolirt wurde, sogar die Fußböden wurden aufgerissen, die Möbeln auf die Straße geworfen u. c. Auch der Fürstenberg'sche Palast wurde beschädigt. Hierauf ging die lange Straße hinauf, um das Zeughaus zu nehmen. Jetzt rückten Dragoner aus und wehrten nach langem Parlamentiren den Angriff ab, wobei Rittmeister v. Karoche, allgemein betrauert, den Tod fand; ich sah diesen Morgen seine Leiche im Gashaus zur Sonne liegen. Den Zeughaushof hatte eine Pionierwache und zwei Compagnien Bürgerwehr besetzt, im Verhältniß zum andringenden Haufen eine geringe Mannschaft. Auch hier wurde lange parlamentirt, bis die Aufrührer zum Theil von Dächern herab Feuer gaben, worauf die Bürgerwehr ebenfalls feuerte, und acht, theils Soldaten, theils Leute aus ihrem Anhang todt niederstreckte und etliche verwundete. Auch auf Seiten der Bürgerwehr kamen Verwundungen, man sagt vier, vor, wovon einer inzwischen gestorben sein soll. Das Zeughaus ist gerettet. Im Rathhause wurden alle Gefangenen befreit. Das Schießen dauerte von Abends 9 1/2 Uhr bis Morgens um 2 1/2 Uhr, theilweise mit großer Heftigkeit. — Heute Nacht ist der Großherzog mit seiner ganzen Familie von hier fort, man weiß nicht wohin. Diesen Morgen in aller Früh ist eine Deputation, bestehend aus 3 Gemeinderäthen, ins Oberland abgegangen, um dem „Landesausschuß“ die Unterwerfung der Stadt zu überbringen, und das Weitere zu verabreden. Die ganze Garnison ist aufgelöst, wer fort will, kann es thun mit Gepäck und Waffen; die unzufriedenen Soldaten gehen so ziemlich alle; auch Dragoner und Artilleristen gehen fort. Diejenigen Infanteristen, welche hier bleiben wollen, die Besonnenen, werden bereitwillig in die Privatwohnungen der Bürgerschaft aufgenommen. Es herrscht große Bestürzung in der Stadt; viele Familien rüsten sich zur Abreise, und bald sieht man in allen Straßen eine wahre Völkerwanderung. Bald sind keine Pferde und Wagen mehr zu haben, und es werden Bauernwagen und Pferde von den Dörfern geholt.

11 Uhr. Die Deputation ist zurück. Der Landesausschuß, bestehend aus 14 Mitgliedern, wird im Laufe des Mittags hier eintreffen, um die provisorische Regierung zu constituiren. Nach mündlicher Aeußerung soll mit dieser Bewegung nichts beabsichtigt werden, als wirkliche Ein- und Durchführung der Grundrechte und Reichsverfassung und soll auch von der Republik keine Rede sein. Der Ausschuß bringt ein Bataillon Infanterie und vier Geschütze von Rastatt mit und will Ruhe, Ordnung und Sicherheit der ihm nun zugethanen Stadt schützen. Die Bürgerwehr soll aufgelöst und nach Altersklassen umgebildet werden. Soeben erscheint das beifolgende Plakat des Gemeinderaths:

Bürger von Karlsruhe! Der Gemeinderath und das Commando der Bürgerwehr hat, da die Regierung sich thatsächlich aufgelöst hat, einstweilen die Leitung der bürgerlichen und militärischen Angelegenheiten übernommen; der Oberst der Bürgerwehr ist provisorisch zum Stadtkommandanten ernannt. Auch haben wir Schritte gethan, um mit dem in Rastatt bestehenden Landesausschuß in Vernehmen zu treten und die Stadt vor Bedrohung der Sicherheit und des Eigenthums zu schützen. Inzwischen wird die Bürgerwehr mit den noch anwesenden Soldaten in Gemeinschaft die

Wachen der Stadt beziehen, und hofft bei ihrem Bemühen für die Sicherheit und Ordnung der Stadt auf die Unterstützung aller redlichen Bürger. Karlsruhe, 14. Mai 1849. Gemeinderath. Malsch.

Auch die Bürgerwehren von Ettlingen und Durlach sollen sich erboten haben, zum Schutze gegen die verkündete Plünderung zuzuziehen. Die Auswanderung und das Fortgehen von Soldaten, einzeln und truppweise, mit Waffen und Gepäck dauert fort. Die meisten Offiziere sind verschwunden oder gehen, nachdem sie die Uniform abgelegt, in Civil. Ungefähr 400 Mann der alten Besatzung bleiben hier und wohnen bei der Einwohnerschaft. Alle Wachen sind verlassen. 12 Uhr. Die Trommler der Linie und der Bürgerwehr schlagen Generalmarsch. Die zurückgebliebenen Soldaten und die Bürgerwehr versammeln sich auf dem Marktplatz; das Militär wird von dem Hauptmann Frei; der von dem Militär besonders hierum gebeten worden sein soll, commandirt. Nach der Aufstellung werden alle Wachtposten organisirt, gemischt von Linie und Bürgerwehr. Die Wachen ziehen auf. Wegen Bildung einer Sicherheitswache ergeht nachfolgende Aufforderung:

Aufforderung. Heute Nachmittag 2 Uhr Versammlung auf dem Marktplatz des allgemeinen Turnvereins zur Errichtung einer Sicherheitswache, wozu die Polytechniker, die Mitglieder des allgemeinen Turnvereins und Freicorps eingeladen sind. Der prov. Commandant der Sicherheitswache der Stadt Karlsruhe: Reiningner.

Die Auswanderung dauert fort. Viele Personen vom Adel sind abgegangen. In Gottesau (Artillerie und Dragonerkaserne, eine Viertelmeile von Karlsruhe) sollen noch sechs Artillerie und etwa 40 Dragoner ohne Mannschaft sein. Ein Wachmeister und zwei andere Militärs, welche dort wohnen, bilden mit der heute Mittag dahin beorderten Mannschaft die Besatzung. — Die großherzogliche Familie soll sich nach Germersheim gewendet haben, der Großherzog durch den Park, unter Begleitung einer Grenadiercompagnie bis auf zwei Stunden Entfernung. Der Stadtcommandant, General Schwarz, ging voraus. Markgraf Maximilian passirte Eggenstein und ging von Leopoldshafen nach Weimersheim über den Rhein. Viele Familien sind selbst in das französische Lauterburg. — 2 Uhr. Der Landesausschuss macht durch Straßenschnalag bekannt, daß er heute hier eintreffen und für die Sicherheit sorgen werde. Markgraf Wilhelm mit Familie ist nach Würtemberg. — 5 Uhr Abends. Um 4 Uhr kam der Landesausschuss hier an mit einem Bataillon Infanterie. Brentano hielt vom Balcon des Rathhauses eine Rede und sprach von Durchführung der Reichsverfassung; auch Hoff von Mannheim sprach, gemäsig, für Ordnung; er hatte Beifall. Das angekommene Bataillon soll einquartiert werden. Es herrscht zur Stunde Ruhe und Ordnung in der Stadt.

In Mannheim ist ebenfalls ein Sicherheitsausschuss gebildet; die Offenburger Beschlüsse wurden anerkannt. Auch dort sehen Bürger und Soldaten zusammen.

× **Freiburg**, im Breisgau, 14. Mai, Abends 9 Uhr. Seit 24 Stunden leben wir im Zustande der Revolution. Gestern Nachmittag 2 Uhr fand dahier auf dem Schloßberg eine Soldatenversammlung statt, woran sich alle Mannschaft der hier liegenden zwei Bataillone des zweiten Infanterieregiments beteiligten. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Offizieren den Gehorsam zu verweigern und sich selbst Offiziere zu wählen. Nach der Volksversammlung zog die ganze Masse, begleitet von vielen Bürgern und Einwohnern hiesiger Stadt, an den Bahnhof, um die von der Volksversammlung in Offenburg Zurückkommenden zu erwarten. Nach kurzer Weile kam der Zug und wurde von den Harrenden mit tausendstimmigem „Hoch“ empfangen. Die gefaßten Beschlüsse wurden sodann vorgelesen und die Menge trennte sich friedlich. Inzwischen hatte der gestern hier eingetroffene Commandant, General v. Seyling Befehl zum Abmarsch sämtlicher Truppen des zweiten Regiments auf heute früh 7 Uhr ertheilt. Der Abgesandte der provisorischen Regierung zu Rastatt, Heunisch, ersuchte jedoch den General, diesen Befehl zurückzunehmen, da die Soldaten doch nicht abmarschiren würden. Der General nahm ihn zurück. Alsobald bildete sich ein Sicherheitsausschuss, der sich für permanent erklärte und die Nacht hindurch in Thätigkeit blieb. Heute früh nun rückten aus den benachbarten Drischäften 200 Mann vom ersten Infanterieregiment hier ein, und stellten sich zur Verfügung des Volkes, da sie von den Beschlüssen der Soldatenversammlung gehört hatten. Sie kamen ohne Offiziere, da diese sich dem Abmarsch nicht anschließen. Ihre Fahne trugen sie bei sich. Die Soldaten des 2. Regiments wollten nun auch ihre Fahne haben, was jedoch die Offiziere nicht zuließen. Es wurde Generalmarsch geschlagen, und die Soldaten machten Miene, die Fahne mit Gewalt zu nehmen, wenn man sie ihnen nicht gebe, was denn auch geschah. Die Bürgerwehr trat gegen Mittag unter die Waffen. Generalleutenant von Miller rückte mit einem Bataillon württembergischer Truppen und vier Geschützen in einen benachbarten Ort, und forderte die Ungehorsamen auf, sich ihm zu unterwerfen, was diese jedoch nicht thaten. Es kam zu längerem Parlamentiren zwischen dem württembergischen General und unern Truppen; der General erklärte, er sei Reichsgeneral und fordere augenblickliche und unbedingte Unterwerfung sämtlicher badischer Truppen des 1. und 2. Regiments unter seinen Befehl. Unsere Truppen beharrten jedoch auf ihrem Widerstand, worauf der General ihnen Bedenkzeit bis morgen Mittag 12 Uhr gab, bis wohin die Unterwerfung statthaben müsse, andernfalls er genöthigt sei, die Stadt anzugreifen. Unsere Truppen, die immerfort Zugang erhalten, hören, daß sämtliche württembergische Soldaten zu ihnen übergeben werden. — Um 3 Uhr diesen Nachmittag fand wieder eine Soldatenversammlung statt, in welcher folgende Beschlüsse gefaßt wurden: „1) Beerdigung der Offiziere und Soldaten auf die Reichsverfassung, wie diese aus den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung hervorgegangen ist, soll

unvorzüglich stattfinden. 2) Unbedingte Amnestie für alle Soldaten, welche auf Seite des Volkes stehen, wofür General v. Gayling sein Ehrenwort zu verpfänden hat. 3) Freie Wahl der Vorstände und Wahlmänner aus den einzelnen Compagnien. 4) Anerkennung der Beschlüsse der Offenburger Versammlung vom 13. Mai. 5) Freie Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, ungehindert durch militärische Disciplin. 6) General v. Gayling hat dafür gleichfalls auf Ehrenwort zu haften, daß General Miller nicht in Freiburg einrückt.“ Nach dieser Versammlung fand die Wahl der Offiziere statt. Den Gewählten wurden sofort die Beschlüsse vorgelegt, mit dem Bedenken, sich für deren Annahme zu erklären, die Offiziere erklärten jedoch, nicht darauf eingehen zu können. — Um 4 Uhr ging sämtliche Mannschaft des 1. Regiments zufolge eines eben eingetroffenen Befehls der provisorischen Regierung in Rastatt, dahin ab. — Nach 4 1/2 Uhr erschien folgende Bekanntmachung:

„Ausruf! Der Landesausschuss des Volksvereins und dessen angebliche Bevollmächtigte treffen Anordnungen, die nur den verfassungsmäßigen Behörden zustehen. Die gesetzlichen Behörden haben noch nicht aufgehört, ihre Verpflichtungen gegen Se. königl. Hoheit den Großherzog, gegen das Großherzogthum Baden und gegen das gesammte deutsche Vaterland zu erfüllen. Diesen Verpflichtungen nachkommend, glauben wir alle Staats- und Gemeindebehörden, sowie alle Bewohner des Oberrheinkreises dringend auffordern zu müssen, fest und treu an der Landesverfassung zu halten und keinen Anordnungen Unbefugter, kommen sie von wem sie wollen, Folge zu leisten. Zugleich müssen wir unter Hindeutung auf die Gefahren des Vaterlandes, der Verfassung und der gesetzlichen Ordnung, auf die Zerstörung des Wohlstandes und auf die schweren Strafen des Aufruhrs Jedermann dringend vor ungeleglichen Handlungen warnen. Freiburg, den 14. Mai 1849. Die Regierung des Oberrheinkreises.“ (Folgen die Unterschriften.)

Die „Freib. Zig.“ berichtet noch: Der Commandirende am Oberrhein, Generalleutenant v. Miller, ist aus dem Kirchzarten Thal mit den unterhabenden württembergischen Reichstruppen gegen Freiburg vorgerückt, so daß die Vorposten in Ebnet stehen. Eine Deputation ist heute Morgens an ihn abgegangen, welche dem Vernehmen nach den Bescheid erhielt, er, der General, stehe hier nicht in badischen, nicht in württembergischen, sondern in Reichsdiensten, er handle so gut für die Reichsverfassung, wie die badischen Truppen und deren Offiziere. Es sei daher kein Grund zu einer Meinungsverschiedenheit, kein Grund, warum die badischen Soldaten ihren Offizieren den Gehorsam versagten. Er habe vom Reichsministerium den Auftrag, diesen Gehorsam wieder herzustellen. Er fordere daher die badischen Soldaten dazu auf und wünsche die friedliche Unterwerfung schon der Stadt Freiburg zu lieb, die er nicht gerne zum Schauplatz einer Scene des Bürgerkriegs mache. Er folge die Unterwerfung bis Morgen Nachmittag 3 Uhr jedoch nicht, so werde er mit Gewalt eindringen. Es folgte nun eine Berathung der Bürgerwehr, die zu keinen Beschlüssen geführt haben soll. Dann wurde eine Versammlung von Soldaten in der Kornhalle abgehalten. Eine Bürgerversammlung, die um vier Uhr ebendasselbst abgehalten werden sollte, unterblieb, weil die militärische Versammlung noch nicht beendet war. Man erwartet heute Abend noch den Einmarsch anderer badischer Truppen, welche aus ihren Landquartieren aufbrechen und hier eintreffen sollen. Wie der Conflict sich lösen wird, ist noch nicht abzusehen.

Viele Familien verlassen die Stadt. Der Präsident der Regierung des Oberrheinkreises sowie der Stadtcommandant hatten die Flucht ergriffen; — ebenso der Bürgermeister von Rotteck. Dieser sollte auf Befehl des Sicherheitsausschusses verhaftet werden, konnte aber nicht mehr gefunden werden. — Die Aufständischen erhalten fortwährend Zugang von in der Nachbarstadt stationirtem badischen Militär; die ganze Mannschaft beträgt jetzt 3000 Mann und 8 Geschütze. General v. Miller soll 2000 Mann und 4 Geschütze haben. Er erwartet daher vor dem etwaigen Angriff auf die Stadt noch Verstärkung. Im Augenblick herrscht vollkommene Ruhe, — die Ruhe vor einem Sturm.

Rastatt, 12. Mai, Morgens 10 Uhr. Heute früh 4 Uhr wurden Struve und Blind von einem Dragoneroffizier in Begleitung von zweien seiner Leute in einem Wagen nach dem Bahnhofe abgeführt, um sie nach Bruchsal mit einem Extrazuge zu bringen. Am Thore widerlegte sich die Wache dem Abzuge und die den Wagen Escortirenden mußten sich gewaltsam Bahn brechen. Bei ihrer Rückkunft fanden sie das Karlsruher Thor geschlossen und mußten durch ein anderes in die Stadt zu kommen suchen. — So eben rückten Dragoner und reitende Artillerie von Karlsruhe ein; auch der Kriegsminister Hoffmann ist angekommen.

Rastatt, 13. Mai. Die Anwesenheit des Kriegsministers Hoffmann und das Herbeiziehen von 3 Schwadronen Dragonern und einer halben berittenen Batterie, hatte gerade die entgegengesetzte Wirkung. Die Neugekommenen machten mit ihren hiesigen Kameraden gemeinschaftliche Sache und gegen Abend mußte der Kriegsminister Hoffmann im wahren Wortsinne durch eine Ausfallpforte fliehen. Mit ihm gingen mehrere Offiziere und Dragoner ab. Gleich darauf wurden die Thore der Stadt geschlossen, die Brücken aufgezogen und die Bürgerwehr durch Generalmarsch zusammengerufen. Niemand durfte mehr für diesen Abend passiren, weil wiederholt das Gerücht verbreitet war, es seien Preußen im Anmarsche. Die Nacht ging unter häufigem Abschießen von Gewehren, zum Theil auch von Kanonen, doch ohne sonstige Störung vorüber. Die Bürgerwehr hatte in Gemeinschaft mit dem Militär, das von keinem Offizier mehr angeführt war, sämtliche Wachen besetzt. Diesen Morgen waren Bürgerwehr und die ganze Garnison auf dem Marktplatz versammelt; ein Theil der Offiziere der letztern übernahm wieder das Commando, doch nur unter dem ausdrücklichen Versprechen der Soldaten, disciplinarische Ordnung halten zu wollen. Bürgerwehr und Linienmilitär werden heute noch provisorische Civil- und Militärgouverneure wählen.

Ungarn.

Bresburg, 10. Mai. Heute früh gegen 7 Uhr langte hier der junge Monarch plötzlich, wenn auch nicht unerwartet, an. Er kam ohne Begleitung in einer fremden Equipage und bezog das sogenannte Wächterische Haus, worin auch das bürgerliche Casino sich befindet. Gleich nach seiner Ankunft kam er herab, musterte die gegenüber aufgestellte Mannschaft, die jogleich wieder fortgeschickt wurde. Die Serejaner haben die Ehrenwache. In diesem Augenblicke befindet sich die hohe Generalität bei Sr. Majestät, darunter auch ein russischer General (wahrscheinlich General Berg). Wie es heißt, werden Se. Majestät nach geendeter Besprechung den Schloßberg besichtigen. — Vom Kriegsschauplatz ist gar nichts zu vernehmen. (C. V. a. V.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 28. April. Nachrichten aus Konstantinopel zufolge werden daselbst die Kriegerstützen fortgesetzt, und in die Walachei allein sollen 35,000 Mann türkische Truppen nachrücken, um diese Provinz so wie die Moldau gegen den Einbruch der Ungarn zu schützen, indem das erste russische Armeecorps, in der Stärke von 66,000 Mann, bereits die Grenzen Siebenbürgens, um dort gegen die Insurgenten zu operiren, überschritten hat. Aus diesem unglücklichen Lande erfahren wir fast gar keine Nachrichten, da Niemand herüber gelassen wird. Durch Walachen, die sich auf Schleichwegen über hohe Gebirge herüber gewagt, erfahren wir, daß die Szekler nach Kronstadt einbrechen wollten, um es zu plündern, aber von den Ungarn selbst mit Kanonenschüssen zurückgetrieben wurden. — Unlängst hatte bei uns der erste Secretär des Fuad Effendi, Mustan Bey, ein Pistolenduell mit einem russischen Husarenoffizier, welchen er verwundet, worauf er sich nach Konstantinopel begab. Mustan Bey ist katholischer Christ, ein italienischer Graf von einer griechischen Insel. — Omer Pascha ist zu einer Inspection über die Truppen nach der kleinen Walachei abgereist. (S. M.)

Italien.

Turin, 8. Mai. Das Urtheil Ramorino's ist kassirt worden, weil er ohne Einwilligung der Deputirtenkammer, deren Mitglied er damals war, gefangen gesetzt wurde.

Mailand. Nach eingegangenen Nachrichten stehen die Neapolitaner in Albano und 7000 Spanier wurden in Fiumicino ausgeschifft.

* **Mailand**, 8. Mai. Radegky und der Minister Brucc sind hierher zurückgekehrt.

Rom, 4. Mai. Es bekümmert sich, daß Garibaldi die etwa 1000 Mann starke neapolitanische Vorhut bei Torre di mezza Via, circa 7 Meilen von Rom, geschlagen, und dabei 2 Kanonen, 400 Flinten und 60 Gefangene erbeutet habe. — General Dubinot soll gegen die neapolitanische Intervention protestirt haben.

Spanien.

* **Madrid**, 8. Mai. Es wird nun doch ein Expeditionscorps nach Rom geschickt werden. Das Corps wird 4000 Mann stark sein und unter den Befehlen des Generals Cordova stehen. Der General begibt sich morgen nach Barcelona, von wo aus die Expedition abgehen wird. Diese Anordnung ist, wie man glaubt, in Folge einer von den vermittelnden Mächten gefaßten Entscheidung, nach welcher für eine gewisse Zeit Rom von einer gemischten Garnison, Franzosen, Neapolitaner, Spanier und Desirreicher, besetzt werden soll, getroffen worden.

Borsenberichte.

Frankfurt, 15. Mai. Oesterreichische Fonds wüthen auch heute nur wenig von ihrem gestrigen Standpunkt ab, 5pEt. Metall. blieben 73 1/2 pEt. 2 1/2 pEt. Metall 39 1/2 pEt., Wienerbankactien 1112 fl., 500 fl. Loose 123 1/2, 250 fl. Loose 75 pEt. Von den übrigen Anlehenstheilen Kurhess. 40 Rthlr. Loose fest 27 1/2, 27 Rthlr., Bad. 35 fl. Loose durch mehrere Verkäufe, die darin geschahen, 3/4 fl. niedriger im Cours als gestern, 26 1/2, 1/2 fl., do. 50 fl. 47 1/2 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21 fl., do. 50 fl. Loose 69 1/2 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20 1/2 fl., Sardische Loose 25 1/2 fr., Poln. 500 Loose 72 1/2 Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4 1/2 pEt. Württemberger fest, 94, 93 1/2 pEt., do. 3 1/2 pEt. 76 3/8 pEt. Bad. Obligationen fest und stark angeboten, die badischen Ereignissen wirkten auf benannte Fonds ungünstig, Bad. 3 1/2 pEt. Obligationen schließen 71 1/2 pEt., do. 5pEt. bad. vom Jahr 1848 91 1/2 pEt. Nassauer 3 1/2 pEt. Obligationen 79 1/2, do. vom Jahr 1849 99 1/2 pEt. Holländ. 2 1/2 pEt. Integ. 50 pEt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32 1/2 Rthlr., Verbaas flau 63 1/2 pEt., Köln-Minden 75 3/4 pEt., Taunus 272 fl. 3pEt. inländische Span. sehr fest im Cours, 20 1/2 pEt. pr. Cassa zu machen. Wechsel auch heute sehr gefragt: London 121 1/2 G., Paris 95 3/4, Amsterdam 101 1/2, Augsburg 120, Hamburg 88 3/4, 1/2, Berlin 105 1/2, Leipzig 105 1/2, Wiener 100 1/2 Bf.

Wien, 12. Mai. 5pEt. Metall. 89 1/2, 2 1/2 Uhr 89 1/2. — 4pEt. 71. — 3pEt. —. — 2 1/2 pEt. 47. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 147 1/2. — 250 fl. Loose 91 1/2. — Nordbahnactie: 91 1/2. — Gloggnitzer 92 1/2. — Mailänder 69 1/2. Fonds fest wegen naerer Aussicht auf den Friedensabschluss. Dividenden und Silber sind abermals bedeutend gestiegen. Gold wenig verändert.

Berlin, 14. Mai. Staatschuldscheine 79 1/2, etw. bez. u. Br., Seehandlungs-Prämiencheine 100 G., Bankactien 86 G., Berlin-Hamburg 52 1/2 G., Köln-Minden 76 Br., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33, 32 1/2, u. 7/8 bez. Rheinische 39 1/2 Br., Thüring. 48 1/2 Br., Russ. bei Stieglitz 86 bez., Flin. 500 fl. Loose 71 1/2 Br., Kurh. Prämiencheine 27 1/2 Br.

In Folge von Nachrichten über Unruhen in der Rheinprovinz und in Aachen war die Böse bei merklicher Geschäftstillen in einer matten Stimmung, und besonders einige ausl. Effecten billiger angetragen.

Madrid, 8. Mai. 3pEt. 25 3/8 Pap., n. d. B. 25 1/2, 3/16 G. — 5pEt. 10 1/2 G.

London, 12. Mai. 3pEt. Stocks 90 1/2 à 7/8. — 5pEt. Span. 167 1/2, 17. — Neue 3pEt. —. — 4pEt. Port. —. — 2 1/2 pEt. Holländ. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Malten.